

Die Volksabstimmung über den neuen Zolltarif der Schweiz hat sich gestern schon gemeldet, unter ungleichmäßigster Beteiligung der stimmberechtigten Bürger die Annahme des Tarifs mit großer Mehrheit ergeben. Agrarier und Schutzgölnner haben gejiegt, die Industriellen, die in einer Erleichterung des internationalen Verkehrs einen größeren Vorteil für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz sehen als in der Befestigung und Erhebung der Zollgaranten, und die Arbeiterkräfte, die die Nachteile des Tarifs wohl zu würdigen weiß, sind unterlegen. Dem Bundesrat ist das vom ihm beschlossene Vorgehen für die nächsten vier Jahre, die der Bundesversammlung vorbehalten sind, die Bundesversammlung genehmigt worden, auch durch die Mehrheit des Volkes zugestimmt worden, der Zolltarifentwurf ist durch die Volksabstimmung Gesetz geworden.

Der Entwurf wurde im Februar vorigen Jahres der Öffentlichkeit übergeben und bald darauf der Bundesversammlung vorgelegt. Er enthielt hohe Forderungen für landwirtschaftliche und für industrielle Produkte, die zum Teil, namentlich für Erkerne, von der Bundesversammlung noch sehr erhöht worden sind. Die von Deutschland bezielte Vorbereitung für neue Handelsverträge hat in der Schweiz volles Verständnis gefunden; die ministeriellen Aedten und die agrarischen Agitationen schon vor Beginn der eigentlichen Beratungen über den neuen Tarifentwurf im Deutschen Reich, dann die Einigung des Wirtschaftlichen Ausflusses und die dabei hervorgeretene Bevorzugung der Agrarier und Schutzgüter, die Verhandlungen im Reichstage und manche andere Vorgänge in Deutschland haben das Zustandekommen des schweizerischen Tarifs außerordentlich gefördert. Im Nationalrat und im Ständerat wurde immer wieder auf das Vorgehen Deutschlands hingewiesen, und auch in der Begründung des Entwurfs durch den Bundesrat fehlt es nicht an solchen Hinweisen. Bei der Aufstellung und Beratung des Entwurfs wurde namentlich den Gegenseitigen der deutschen Industrie insofern größte Aufmerksamkeit gewendet, als die Zölle auf die meisten Produkte Deutschlands, die in die Schweiz eingeführt werden, zum Teil ganz erheblich, erhöht wurden. Auch in der Agitation, die dem Referendum voranging, wurde von agrarischer Seite immer wieder auf das Beispiel Deutschlands verwiesen und in den vertragsfreundlichen Industrie-kreisen und in den Städten wurde der allem das Argument vorgebracht, daß nachdem Deutschland sich mit einem hohen Zölle für Handelsverhandlungen geeinigt habe, auch die schweizerischen Unterthanen nicht ohne Nutzen Nützlich in die Verhandlungen eintreten könnten. Und auch die widerstrebenden Kreise der Bevölkerung für die Genehmigung des Tarifs zu gewinnen, wurde nach dem Vorbilde, das Graf Pothodowsky und andere Reichsvertreider des neuen deutschen Tarifs gegeben haben, verfahren, man brauche gar nicht zu fürchten, daß die hohen Sätze des neuen Tarifs wirklich in Kraft treten und die Befolgungen der Konventionen, die bekräftigt würden, eintreten würden, da ja bei den Vertragsverhandlungen noch viel abgemacht werden würde. Dasselbe sagte schon der schweizerische Bundesrat in der Begründung seines Entwurfs an mehreren Stellen. Wenn aber die Staaten, die in Verhandlungen über neue Handelsverträge eintreten wollen, sich vorher sämtlich die volle Kriegserklärung anlegen, so schwindet die Aussicht, daß Verträge, die den Interessen beider Teile entsprechen, zustande kommen werden, schließlich ganz.

fr.

**Gef- und Personalnachrichten.**

\* Aus Kairo wird gemeldet: Das Befinden des deutschen Kronprinzen hat sich gestern sehr gebessert, die Krankheit hat ihren Höhepunkt überschritten. — Der Kaiser hat, wie bereits berichtet, telegraphisch, angeordnet, daß ein Arzt und ein Stabschirurgus von Alexandria nach Anster abgehen. Die Befragung des Prinzen Eitel Friedrich soll in Vonn auf dem nächsten Sommerzug erfolgt sein. In diesem war ein Stabarzt unmittelbar, und ohne sich umgesehen zu haben, aus demselben Stützpunkt bei den Maren erkrankten Schwäher gekommen. Infolgedessen liegen in Vonn sechs Teilnehmer jenes Sommerzuges darnieder. Der Sommerzug ist ebenfalls erst von seinem Ziele zurückgekehrt.

\* Generalarzt a. D. Dr. Gleber ist, 68 Jahre alt, in Berlin gestorben.

### Politics.

\* Der Kaiser empfing am Sonnabend-Abend den österreichischen Botschafter und sprach auch am Montag Vormittag beim Reichskanzler vor. Heute fährt der Kaiser nach Dresden.

\* Das Abschiedsgesund des Regierungspräsidenten:  
v. Brandenstein nach seiner Verletzung nach Magdeburg  
wid in der „Allg. Ztg.“ zurückgeführt auch auf eine schon  
weiter zurückreichende Verstimmung infolge der  
Verletzung des neuen Oberpräsidenten Bengel nach Hannover.  
Vorher habe vielfach verlautet, daß Herr v. Brandenstein als  
Nachfolger des Grafen Stolberg anzuersetzen sei, und sein  
engere politisches Freunde selbst damals durch die Ernennung  
eines anderen Oberpräsidenten unangenehm überrascht worden  
sein. — Also bedauerlicher Geheiß!

\* Die „Nordb. Allg. Stg.“ schreibt: Der „Vorwärts“ verbreitet nach dem „Baseler Volksblatt“ eine als politisches Geheimnis aufgegebene Geschichte, wonach dem verstorbenen Professor Franz Xaver Kraus für seine in der „Allgemeinen Stg.“

berühmtesten Spektator-Vize vom „Reichsfinanzamt“ seinerzeit eine Summe von 12.000 RM „ausgeschüttet worden“ sei, ein Rechnungsbemerkter des „Reichsfinanzamts“ habe nach dem Tode des Prof. Kraus die Rückzahlung des Geldes gefordert, die seit von der Freiburger Universität als Erbin vorwiegend worden und um „die verdrähtesten Spuren im Saide zu verwirkeln“, hätten „die Bollwerke des Reichsfinanzamts“ die Rückzahlung nachgelesen. — Die phantastische Erählung läßt sich auf folgende unpolitische Tatsachen zurückführen. Im Jahre 1907 wurde Kraus von Reich wegen einer Summe von 12.000 RM „ausgeschüttet worden“, leibschwierig nicht für seine publizistischen Privatarbeiten, sondern zu einer archäologischen, kunsthistorischen und firdeneigenschaftlichen Aufgaben bestimmten Studienreise nach Italien und Ägypten. Diese Weisung ist nicht geteilt gewesen, sondern hat dem offenen Dispositionsfonds des Reichsfinanzamts verfallen worden. Die Nachweisung darüber findet sich in der dem Reichsige vorgelegten Nebenbericht der Reichsbanknoten und -Einnahmen für 1901, Seite 597, Nr. 6. Als Prof. Kraus schon am Ausgang deselben Jahres in Italien farb, stellte das Reichsfinanzamt ordnungsgemäß Erstattungen darüber an, inwieweit die angewandten Ausgaben für die Reise, die in Italien und Ägypten unternommen worden und ob etwa ein aus Reich zurückzuführen sei, in Betracht verfallen sei. Nach Prüfung des Ergebnisses wurde im Genehmigung des Reichsfinanzamts von einer Rückforderung Mißstand genommen.

\* Aus Kopenhagen kommt die Nachricht, daß der Herzog und die Herzogin von Cumberland mit ihren Töchtern Alexandra und Olga gestern mittag über Gießen-Warmmünde nach Gmunden abgereist sind. — Damit ist die Meldung Berliner Blätter von einer Verlobung der Tochter des Herzogs mit dem deutschen Kronprinzen endgiltig dementiert.

## Kirche und Schule

\* Der zu einer außerordentlichen Sitzung aus dem Deutschen Reich nach Halle berufen gewesene Gesamtkonvent des Evangelischen Bundes hat am 10. und 11. März 1872 die Verhandlungen gaben, die der Vorstand leitete, von dem allezeitigen tiefen Mithimmung über die vom süddeutschen Staate im Jahre beendigte theilweise Aufhebung des Zehntengetes in lebhaften Erörterungen Zeugnis. Eine Reihe beschlossener Beschlüsse zur Organisation der für die neue geschaffene Lage nötig werdenden Arbeit ist gefaßt worden, ebenso wurde eine an dem Bundesrat des Deutschen Reiches zu richtende Eingabe, welche um Wählung der Aufhebung von § 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1872 bitet, beschloffen.

\* Einer Meinung aus Kreuznach zufolge ist ein Gesicht der Prämaranten Kreuznach von Erziehung einer katholischen Töchterchule von der Regierung abgelehnt worden. — Es ist erfindlich, daß die Regierung sich geflehen ist, die Kreuznach's Schulerhältnisse hien mit denjenigen in Trier eine gewisse Ähnlichkeit und es hätte sich um einem Eingehen auf die Wünsche der Kreuznach'schule leicht ein Verzicht, auch für Trier ergeben können. Die Stadterhaltung von Kreuznach bedingt schon seit längerer Zeit die Erziehung einer partiellischen höheren Töchterchule, konnte aber bisher das Übermaß des Maßes darum mit diesem Plane nicht erreichen. Der Bischof weigerte sich wiederum, einen Mitglied der Kreuznach'schule in Trier zu lassen, und die Regierung unterscheidet an dieser Schule zu stellen, obwohl deren Fortschritt zu ungenügend ist, daß die Berücksichtigung der Interessen der katholischen Bevölkerung vollkommen geachtet erscheint. Die bishöfliche Behörde betrieb die Gründung einer konfessionellen Töchterchule, von der die Stadterhaltung, an ihrer Spitze der katholische Bürgermeister Christen, nicht wissen wollte.

Die Lübecker Bürgerschaft richtete in ihrer gestrigen Vollversammlung an den Senat das einstimmige Ersuchen, das Verbot im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 der Jesuitengeleges stünne. Ein anwesender Senatskommissar erklärte darauf, der Bundesratsvertreter Lübeds werde im Sinne dieses Ersehens instruiert werden, gegen die Aufhebung zu stimmen.

\* In München ist für die nächste Zeit die Abhaltung eines großen Protestversammlungs gegen die Aufhebung des Paragraph 2 des Jesuitengesetzes beabsichtigt, wobei an der Leitung der Münch. Neuest. Nachr. Herr R. Kienler, der Vorsitzende des evangelischen Bundes in Bayern, Professor Böhltinger-Karlruhe und Justizrat Frankolt-München teilnehmen werden.

### Parlamentarisches.

\* In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde über die Osmakenzulage an die Lehrer in Polen und Westpreußen verhandelt. Der Regierung schätzte bekanntlich vor, den Volksschullehrern in Westpreusschulen in den beiden Provinzen (mit Einschluss von 5 Kreisen in Westpreußen) eine widerrufliche Zulage von 120 Mk. nach dem 5. bis 10. Dienstjahre, sodann 200 Mk. an Staatsmitteln zu gewähren. Abg. Ernst (Fr. Sa.) hat hierzu folgenden Antrag gestellt:

„Das Haus der Abgeordneten wollte beschließen: die königliche Staatsregierung zu eruchen, allen Volksschullehrern und Volksschulheerinnen in den Provinzen Posen u. Westpreußen eine feste, nur im Wege der Abzählung unterworfene entzählbare, pensionsfähige Zulage von 300 R. aus Staatsmitteln zu gewähren. Die Pensionsfähigkeit d. Zulage möge nur dann stattfinden, wenn die pensionirten Lehrpersonen ihren Wohnsitz in den Provinzen Posen u. Westpreußen behalten.“

Abg. Ernst begründete seinen Antrag besonders durch die Umstände, daß mit den Sähen der Regulierungsvorlage ein tüchtiger Beiderland in der beiden Regierungen weder gewonnen noch erhalten werden könne. Abg. Dr. Fiedler stellte dem Antrag, die Zulage von 300 M. widerrechtlich vom fünften Dienstjahre an zu gewähren. In der lebhaften und eingehenden Debatte sprachen sich die Herren Kultusminister Dr. Schuler und Finanzminister v. Meibner gegen beide Anträge aus. Ein Mitglied der konservativen Fraktion hob hervor, daß

zwar auch für 300 M. sei, aber doch weder für den Antrag Ernst noch für den Antrag Dr. Friedberg stimmen könne. Bei der Abstimmung wurden beide Anträge, wie schon telegraphisch gemeldet, mit 18 gegen 2 bzw. mit 15 gegen 5 Stimmen abgelehnt und die Negierungsvorlage mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen. Die vorliegenden sehr zahlreichen Petitionen wurden teils durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt, teils durch Weigerung zur Consideration erklärt.

\* Der Bezirksrat in Strazburg (Elsas) hatte die Wahl des sozialistischen Abgeordneten Emmel-Mühlhausen in den Landesausschuß wegen Verletzung des Wahlgebietes für ungültig erklärt. Der hiesigen von Emmel eingelegte Rekurs beim kaiserlichen Rat ist jetzt verworfen worden, jedoch der erste Sozialdemokrat im Landesausschuß diesen wieder verlassen muß.

\* Der Landtag für Koburg und Gotha hat das Gesetz betr. die Ausfuhrung der Schlachtvieh- und Fleischschau angenommen.

### Verwaltung und Rechtspflege.

\* In einem Erlass der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes an das Gouvernement von Deutsch-Ostafrika werden bestimmte Wünsche des Kaisers mit Bezug auf die Schreibweise in amtlichen Berichten in folgender Form zur Kenntnis gebracht:

„Seine Majestät der Kaiser und König haben anlässlich eines Spezialfalles zu befehlen geruht, daß die Berichtblätter sich einer kurzen und klaren Schreibweise befleißigen sollen. Seine Majestät wünschen insbesondere lange, schleppende Sätze und Einschachtelungen sowie das Stellen des Zeitworts an das Ende des Satzes vermieden zu sehen.“

Der Geist verweilt dann als auch für die solonische Skorporendenz, weil auf das, was v. König in seinem Handbuch des Deutschen Konstitutionalismus (§ 24) sagt: „Demgemäß soll der Ausdruck in der Konstitution des Skorporendenz klar und einfach, gemessen und ernst sein, sich von jedem Niedrigen wie von zehntausendmal Pöbeln halten. Unnütze Umschreibungen und Behörlichkeiten, geistliche Ausdrücke und Fremdwörter einerlei, Gemeinplätze und überreizte Bilder und feierliche, kühne, überhöhet erhabene, überhöhet und überhöhet und daher zu vermeiden. Hauptsächlich wird die Anordnung befolgt, was gegenüber dem feststehenden, Amstift<sup>1</sup> kein geringe Mühe erfordert wird.“

## Arbeiterbewegung.

Ueber die Arbeiterbewegung dem Norddeutschen Lloyd wird uns Folgendes berichtet: Infolge einer Annahme von dem Norddeutschen Lloyd: erlassenen Anordnung wurden gestern früh die sämtlichen bisherigen Gänge der Ladungs- und Kohlenarbeiter aufgelöst und neue Gänge gebildet. Die Arbeiter hatten sich vollständig an die Arbeitssache gesunden. Die Durchführung der Anordnung des Lloyd geschah ohne jede Störung, indem die Vorarbeiter die ihnen zugewiesenen Leute auswählten und daraus neue Gänge bildeten.

Geer und Flotte.

Nach der Münzhalt. Fort. 32.) aus parlamentarischen Kreisen zugehenden Meldungen wird vermutet, daß der Reichsminister v. Soller amtsmäßig sei und nicht mehr lange auf seinem Posten verbleiben werde. Es handelt sich, so bemerkt das „N. Z.“ hierzu, bei diesem Gerücht wohl um Kombinationen, die zunächst ihren Ursprung in der Meinung vertrieben haben, daß die Budgetkommission des Reichstags und dem Minister wegen Erreichung des Empfindungsalters in Pension gehen könnten. In der Kommission und Kreise wurde dieser Sache erhoht, dem Minister gefährlich werden. Die Verhandlung der Sache im Reichstage hat jedoch das Bild geändert und das Verfahren der Militärverwaltung in erheblicherem Lichte erscheinen lassen. Wenn also dieses Moment eine Amtsmäßigkeit des Ministers nicht rechtfertigt, so weist vielleicht doch andere Umstände vorhanden, die dem Minister den Gedanken an den Rücktritt nahelegen könnten. Man hat die Empfindung, daß der Minister in der Verwirklichung der Fikema-Krupp gegen die Vorurteile, die ihr um ihr Preispolitik willen gemacht wurden, etwas über das Ziel hinaus geschossen zu sein und sich zu verunsichern, daß auch nach der Verwirklichung des Ministeriums noch besprochen wird, die Preispolitik der Fikema Krupp zu Verhandlungen vom nationalen Standpunkt aus Veranlassung gibt, so wäre zu verstehen, wenn der Minister aus dieser Situation die Konsequenz seines Rücktritts zöge.

## Deutscher Reichstag.

(Vericht der „Saale-Ztg.“)

285. Sitzung vom 16. März. 115r.  
Das Haus ist äußerst schwach besetzt.  
Am Bundesrathstisch: Hr. v. Richthofen, Graf Pos...

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Vertrags zwischen dem Reich und Luxemburg über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen. Der Vertrag bestimmt, daß die luxemburgischen Eisenbahnen bis zum 31. Dezember 1959 vom Reich weiter verwaltet werden.

Der Vertrag wird sofort in erster und zweiter Beratung  
genommen.  
Es folgt die erste Beratung der Novelle Seemann

Diese Novelle will einen Widerspruch in dem § 52 der Manns-Ordnung hinsichtlich der Bestimmungen über den Zeitpunkt, zu dem der Matrose die volle Feuer erhält, beseitigen und lautet nun: „Der Leichnamatrose erhält mit Beginn des dritten Jahres die in der Musterrolle bestimmte Feuer-Geldmatrosen und mit Beginn des vierten Jahres ein Hundsgeld mehr an Feuer.“

Abg. **Wolfsbuh** (Soz.) meint, diese Novelle, die durch einen Druckfehler entstanden sei, könne nicht so ohne weiteres erledigt werden. Es gebe noch mehr Unstimmigkeiten in der Seemannsordnung zum Schaden der Seeleute, er beantrage daher, die Novelle an die Krankenversicherungs-Kommission zu übermitteln.







